8. Der Beschluß des Ministerrates vom 14. August 1958 über die weitere Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiet der Preise (GBl. I S. 637) wird mit sofortiger Wirkung außer Kraft gesetzt.

Berlin, den 27. Januar 1967

**Der Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik**

N e u m a n n
Stellvertreter des Vorsitzenden

Der Leiter
des Amtes für Preise
H a l b r i t t e r

**Vierte Durchführungsbestimmung*
zum Gesetz über die Entschuldung der Klein- und
Mittelbauern beim Eintritt in landwirtschaftliche
Produktionsgenossenschaften.**

Vom 30. Dezember 1966

Auf Grund des § 6 des Gesetzes vom 17. Februar 1954 über die Entschuldung der Klein- und Mittelbauern beim Eintritt in landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (GBl. S. 224) wird im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen folgendes bestimmt:

§ 1

Der § 4 Abs. 4 der Dritten Durchführungsbestimmung vom 11. Mai 1959 zum Gesetz über die Entschuldung der Klein- und Mittelbauern beim Eintritt in landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (GBl. I S. 556) erhält folgende Fassung:

„Ist die Schuld wieder aufgelebt, verbleibt jedoch das zum Nachlaß gehörige landwirtschaftliche Vermögen in Nutzung eines sozialistischen Landwirtschaftsbetriebes, ist die Forderung während der Zeit dieser Nutzung in der Höhe gestundet, in der sie die Einnahmen des Schuldners aus seinem landwirtschaftlichen Vermögen übersteigt: als Einnahme gilt auch der Betrag des Mietwertes der Wohnung des Schuldners im eigenen Haus. Für die Zeit der Stundung werden keine Zinsen berechnet. Der zu bedienende Teil der Forderung wird ebenfalls zinslos gestellt. Zahlungen des Schuldners werden auf das Restkapital angerechnet.“

§ 2

Der § 6 der Dritten Durchführungsbestimmung erhält folgende Fassung:

„Scheidet der Entschuldete mit Zustimmung der Mitgliederversammlung aus der LPG aus, verbleibt jedoch sein landwirtschaftliches Vermögen in Nutzung eines sozialistischen Landwirtschaftsbetriebes, findet hinsichtlich der wieder aufgelebten Forderung § 4 Abs. 4 entsprechende Anwendung.“

§ 3

Der § 8 der Dritten Durchführungsbestimmung wird aufgehoben.

§ 4

Diese Durchführungsbestimmung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 30. Dezember 1966

**Der Vorsitzende
des Landwirtschaftsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

E w a l d
Minister

* 3. DB vom 11. Mai 1959 (GBl. I Nr. 34 S. 556)

**Preisordnung Nr. 2027/1*.
— Arznei- und Gewürzpflanzen —
Vom 24. Januar 1967**

§ 1

Der Erzeugerpreis für Mohn, Kapseln, unreif, Ziff. 33 der Anlage I der Preisordnung Nr. 2027 vom 17. April 1964 — Arznei- und Gewürzpflanzen — (GBl. II S. 307) wird ab Ernte 1967 wie folgt geändert:

„Mohn, Kapseln, unreif
Erzeugerpreis Güteklasse I 120 Pf je kg
■ Güteklasse II 90 Pf je kg“.

§ 2

Diese Preisordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 24. Januar 1967

**Der Vorsitzende
des Landwirtschaftsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

E w a l d
Minister

* Preisordnung Nr. 2027 vom 17. April 1964 (GBl. II Nr. 42 S. 307)

**Anordnung
über diätetische Lebensmittel.**

Vom 27. Januar 1967

In Durchführung des § 2 Abs. 2 und des § 6 wird auf Grund des § 27 in Verbindung mit § 11 des Lebensmittelgesetzes vom 30. November 1962 (GBl. I S. 111) folgendes angeordnet:

§ 1

(1) Diätetische Lebensmittel im Sinne des § 2 Abs. 2 des Lebensmittelgesetzes müssen den Anforderungen dieser Anordnung entsprechen.

(2) Erzeugnisse, die nach dem Arzneimittelgesetz vom 5. Mai 1964 (GBl. I S. 101) Arzneimittel oder Gesundheitspflegemittel sind, gelten nicht als diätetische Lebensmittel.

§ 2

(1) Diätetische Lebensmittel sind entsprechend ihrer Zweckbestimmung zu gewinnen, zu be- und verarbeiten bzw. herzustellen.

(2) Diätetische Lebensmittel müssen sich von vergleichbaren Lebensmitteln in ihrer Zusammensetzung oder ihren Eigenschaften maßgeblich unterscheiden.

(3) Soweit in den Anlagen Anforderungen an diätetische Lebensmittel festgelegt sind, müssen sie diesen entsprechen.

§ 3

(1) Diätetische Lebensmittel sind entsprechend den Festlegungen der Anlagen zu § 2 dieser Anordnung und den lebensmittelrechtlichen Bestimmungen zu kennzeichnen. Für die nicht in den Anlagen aufgeführten Lebensmittel gelten die vom Ministerium für Gesundheitswesen — Staatliche Hygieneinspektion — festgelegten Kennzeichnungsforderungen.

(2) Diätetische Lebensmittel, die unverpackt im Einzelhandel angeboten werden dürfen, sind vom Hersteller bzw. Abfüll- oder Abpackbetrieb auf der Versandverpackung entsprechend den Festlegungen im Abs. 1 zu kennzeichnen. Der Einzelhandel ist verpflichtet, an